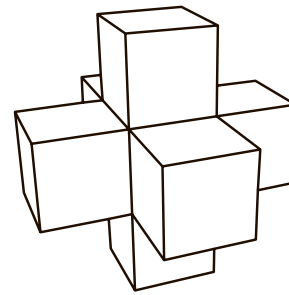


Schweizer Freisinn



FDP Wir Liberalen.

Unter Freisinnigen	2	Brennpunkt	3	FDP-Frauen	14	Agenda	21
Kopf des Monats	2	FDP persönlich	4	Jungfreisinnige	16	Kreuzworträtsel	22

29. Jahrgang. Erscheint monatlich.

Offizielles Organ der FDP Schweiz.

Inhalt

Klimapolitik

Die Linke betreibt ganz einfach eine unehrliche Politik zu Lasten unserer Umwelt. Wer schützt die Umwelt? Wer gibt der Umwelt eine Chance? Wir! Freisinnige lösen Probleme mit gesundem Menschenverstand, Linke anscheinend mit fundamentalistischen Ideen.

Seite 3

Nein zur Einheitskasse – jetzt geht es weiter

Nach der deutlichen Schlappe für die Linke gilt es nun einiges anzupacken. Der Weg, die Gesundheitskosten in den Griff zu bekommen, ist vorgezeichnet: Er führt über die rasche und gesonderte Verabschiedung einer ganzen Reihe von Einzelmassnahmen. Mit anderen Worten: Jetzt ist das Parlament gefordert.

Seite 10

5. IV-Revision

Seit den 90er Jahren ist die Zahl der Invaliditätsfälle sprunghaft angestiegen. Fast 6% unserer Bevölkerung beziehen eine IV-Rente, bei den über 60-jährigen Männern sind es gar 17%. Die IV verschuldet sich jedes Jahr mit zusätzlichen 1,5 Mia Franken, die aus dem AHV-Ausgleichsfonds berappt werden müssen. Jetzt muss gehandelt werden, denn sonst wird unsere AHV von der IV ausgehöhlt. Deshalb muss die 5. IV-Revision im Juni angenommen werden.

Seite 21



Zwei Ikonen des weiblichen Freisinns, Christiane Langenberger und Doris Cohen Dumani, geben die «flamme radicale» an Jacqueline de Quattro und Isabelle Moret weiter.

Voilà les femmes!

Die liberale Frauenlobby ist bereit. Die «flamme radicale» brennt. Am 3. März fiel in Lausanne der Startschuss zur ersten eigenen Wahlkampagne der FDP-Frauen Schweiz.

Am 3. März feierten die FDP-Frauen Schweiz im Rahmen eines Polithappenings in Lausanne den Auftakt zum ersten eigenen Wahlkampf. Mit einer positiven und profilierten Politik will die einzige liberale Frauenlobby der Schweiz Frauen dazu motivieren, sich zu en-

gagieren und am politischen Prozess aktiv teilzunehmen. Die Prioritäten sind gemischte Teams in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft, die bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf sowie familienfreundliche Unterrichts- und Betreuungsmodelle. Das Wahlziel – 10

Frauensitze im Nationalrat – ist ambitioniert, aber mit einer kämpferischen, lustvollen und vernetzten Kampagne realisierbar, wie die FDP-Frauen-Präsidentin Marianne Dürst betonte.

(bp)

Wenn sich Freisinnige die Haare raufen

Freisinnige haben 1848 die Bundesverfassung geschaffen. Dieser Bund wurde 1874 und 1999 mit grosser Unterstützung der FDP erneuert und erweitert. Nie während unserer langen Geschichte haben wir uns von den darin festgelegten Grundprinzipien entfernt. Denn die Freisinnigen sind «Verfassungspatrioten». Für uns Liberale steht die menschliche Würde im Mittelpunkt jeder Politik.

Wie aufgeschreckt sind wir aber, wenn wir vernehmen, dass unsere Grundprinzipien wie die Rechtsgleichheit, das Willkürverbot oder das Gebot der Nicht-Diskriminierung plötzlich in Frage gestellt werden. Oder gar verhöhnt werden.

Die Sippenhaft soll wieder eingeführt werden. Dies war letztmals in der ehemaligen Sowjetunion der Fall, als die Familien von Regimegegnern grundlos ebenfalls bestraft wurden. Auch sollen mit der Schaffung von Probe-Schweizern neu zwei Kategorien von Staatsbürgern geschaffen werden. Die Existenz von Staatsbürgern niedrigeren Grades war ein Merkmal der faschistischen Regimes. Des Weiteren sollen Schwache und IV-Rentner auf Grund ihrer Handicaps nicht mehr eingebürgert werden können.



Pascal Couchepin

Ganz grossen Applaus erhält, wer behauptet, Ausländer würden sich wie Kaninchen vermehren.

Bei solchen Aussagen stehen Freisinnigen die Haare zu Berge. Nie und nimmer werden Freisinnige

dulden, dass der Rechtsstaat in der Schweiz am Boden zertreten wird. Der Rechtsstaat ist gerade auch für Minderheiten da. Und die Schweiz ist ein Volk von Minderheiten.

Wenn es um unsere Grundwerte geht, stehen wir Freisinnigen auf und kämpfen dafür. Unser Rechtsstaat ist ein zu wertvolles Gut, um geopfert zu werden. Wir sind stolz darauf, dass jeder für seine Taten selbst geradestehen muss und nicht ganze Familien dafür verantwortlich gemacht werden. Wir sind stolz darauf, dass alle Schweizer Staatsbürger die gleichen Rechte und Pflichten haben. Eine halbe Portion Schweizer gibt es nicht. Wir sind stolz darauf, dass in der Präambel unserer Bundesverfassung steht: Die Stärke des Volkes misst sich am Wohl der Schwachen.

Die Bekämpfer unseres Rechtsstaates sind «Halbstarke». Sie meinen, wenn sie sich hart geben, seien sie stark. Dabei sind sie schwächlich, weil sie unsere Werte verraten.

Eine Schweiz ohne ihre rechtsstaatlichen Prinzipien wäre nicht mehr die Schweiz, sondern ein krankes Land.

Pascal Couchepin

Kopf des Monats

Annemarie Huber-Hotz

Acht Jahre lang hat Annemarie Huber-Hotz die Bundeskanzlei, die Stabsstelle des Bundesrats, umsichtig und konsequent geführt. Als erste Frau in dieser Funktion hat sie immer die Aufgabe in den Vordergrund gerückt und sich nicht vom zunehmenden politischen Geplänkel irritieren lassen. Dies haben ihr auch die anderen Parteien und die Medien attestiert. Gleich souverän wie sie die Bundeskanzlei führt, hat Annemarie Huber-Hotz nun angekündigt, dass sie im Dezember nicht mehr zur Wiederwahl antreten will. Angesichts ihrer grossen Verdienste gebührt der ersten Bundeskanzlerin der Schweiz, Annemarie Huber-Hotz, der Titel «Kopf des Monats».



**Annemarie Huber-Hotz,
der Kopf des Monats.**

Geits no?

Die Linke hat im Rahmen einer ersten Debatte im Nationalrat zum CO₂-Gesetz massgeblich dazu beigetragen, dass der Bau von Gaskraftwerken in der Schweiz wirtschaftlich lukrativ ist. Das Gesetz sah vor, die CO₂-Emissionen in der Schweiz zu verringern, nun sollte sie – dank der Linken – sogar noch zunehmen. Die grossen Energieproduzenten sollten Millionen Tonnen CO₂ produzieren dürfen. Haarsträubend ist vor diesem Hintergrund, dass die Linke nicht einmal eine Woche später zusammen mit Umweltverbänden eine radikale Klima-Initiative lanciert, welche massiv in die Freiheit der einzelnen Bürgerinnen und Bürger einzugreifen droht. Angesichts der vorgesehenen Reduktion wären ra-

dikale Massnahmen unumgänglich: Soll beispielsweise die Raumtemperatur im Winter noch maximal 15 Grad Celsius betragen und damit eine Politik der kalten Stube betrieben werden? Sollen Ferienreisen mit dem Flugzeug verboten werden? Soll der Benzinpreis auf 5 Fr. pro Liter erhöht werden? Der Zickzack-Kurs der Linken ging weiter. Am Ende hat die SP im Nationalrat noch eingelenkt und ist von der bisherigen Position abgewichen. Es ist erfreulich, dass die SP den Meinungswandel zugunsten der Umwelt vollzogen hat. Allerdings zeigt das Beispiel auch wie unberechenbar die Linke in der Klima- und Energiepolitik ist.

Die Energie- und Klimapolitik der FDP ist die einzige Chance für die Umwelt!

Die letzten zwei Wochen haben gezeigt, dass die Freisinnigen die Einzigen sind, die eine Energie- und Klimapolitik verfolgen, die die Umwelt schützt! Wenn die Linken zwischen Umwelt oder Ideologie zu entscheiden haben, dann entscheiden sie sich für die Ideologie! Dies zeigt ihr Zickzack-Kurs in den letzten Wochen.

Was ist passiert? Erinnern sie sich noch an die Diskussion um den Klimarappen? Das ist die freiwillige Abgabe, welche die Erdölvereinigung auf dem Treibstoff erhebt, mit der Projekte finanziert werden, um den CO₂-Ausstoss auf der Welt zu reduzieren. Das tut sie seit nun 2 Jahren freiwillig, was den Ausstoss um rund 2 Mio. Tonnen senkt – 1,8 Mio. Tonnen im Ausland und ca. 200 000 Tonnen im Inland. Als es damals darum ging, den Klimarappen zu bewilligen, haben die Linken unter der Führung ihres Energieministers lautstark reklamiert, dass man nicht so viel im Ausland kompensieren dürfe. Die linken Ideologen haben den Klimarappen verteufelt und als wirkungslos erklärt, weil er mehr im Ausland erreicht als im Inland!

Unehrliche Linke

In der ersten Sessionswoche wurde im Nationalrat die CO₂-Abgabe behandelt. FDP und CVP verlangten, dass Gaskraftwerke die volle CO₂-Abgabe zu bezahlen haben. Die Linke hingegen war geschlossen dafür, dass die Gaskraftwerke im Ausland kompensieren dürfen. Bundesrat Leuenberger hat denn auch nicht ausgeschlossen, dass die Kraftwerke ihren CO₂-Ausstoss gar zu 100% im Ausland kompensieren dürfen. Er hat es nicht für nötig befunden, zu erklären, weshalb er beim Klimarappen die Auslandskompensation noch gebrandmarkt hat, jetzt aber bei den Gaskraftwerken ein Loblied darauf singt. Als SP-Bundesrat muss man sich mit solchen «Kleinigkeiten» offensichtlich nicht abgeben. Lächer-



Ruedi Noser

lich wirkte die Begründung des linken Energieideologe Ruedi Rechsteiner für die Befreiung der Gaskraftwerke von der CO₂-Abgabe: dadurch könnten mehr Wind- und Solarkraftwerke gebaut werden. Gleichzeitig hat er der FDP vorgeworfen, dass wir mit unserem Nein der Stromlobby aufgesessen seien. Lieber Herr Rechsteiner: Wer hat in der Wandelhalle lobbyiert, damit die Gaskraftwerke nicht die CO₂-Abgabe bezahlen müssen? Das war die Stromlobby! Seit wann sitzen denn jene den Lobbyisten auf, die gegen deren Position stimmen? Das müssen Sie mir bei Gelegenheit erklären.

Rechnung geht nicht auf

Die Groteske geht noch weiter: In der Woche, in welcher wir ein CO₂-Gesetz verabschiedet haben, welches die Inlandproduktion von CO₂ um Millionen von Tonnen erhöht, beschliesst die EU, die CO₂-Emissionen bis 2020 um 20% zu senken! Das erschwert die Auslandskompensation für die von links bewilligten Gas- und Kohlekraftwerke. Das Ganze mutet wie ein linker Schildbürgerstreich an, denn als ob des Absurden noch nicht genug, kam die Linke am Montag der

zweiten Sessionswoche mit einer Klimainitiative, die wiederum den CO₂-Ausstoss in der Schweiz reduzieren will. Nachdem die Linke den Energiekonzernen Millionen Tonnen CO₂-Ausstoss bewilligt hat, will sie nun dem kleinen Bürger das Autofahren und das Heizen verbieten oder massivst verteuern. Man muss sich die Konsequenz der linken Rhetorik auf der Zunge zergehen lassen: Die SP kämpft für die Privilegien der Energiebarone und verbietet dem Arbeiter und Angestellten die Freizeit und die Ferien! Da kann ich nur mit den Worten meiner Tochter sagen: Voll krass kaputt, diese SP!

Einfacher Entscheid

Dabei hätte man nur dem Freisinn zustimmen müssen. Was wäre denn geschehen, wenn der Freisinn die Mehrheit im Parlament gehabt hätte. Erinnern wir uns: Wir Freisinnigen haben die Einspeisevergütung für alternative Energien von 0,6 Rappen pro KWh unterstützt, wodurch wir ein Investitionsvolumen von 7 bis 14 Milliarden für die alternativen Energien in den nächsten 10 bis 20 Jahren auslösen. Falls sich abzeichnen würde, dass die Energieeffizienz und die erneuerbaren Energien nicht ausreichen würden, um die Stromlücke zu schliessen, dann hätte die Schweizer Bevölkerung immer noch die Möglichkeit, über den Ersatz eines oder mehrerer Kernkraftwerke abzustimmen.

Wir Freisinnigen kämpfen nicht für die Kernenergie. Wir sind aber der Ansicht, dass wenn wir zwischen Gas- und Kohlekraftwerken

oder Kernkraftwerken zu wählen haben, wir uns gegen Gas- und Kohlekraftwerke entscheiden. Warum? Ganz einfach: Wir werden in der Schweiz noch über mindestens 40 Jahre Kernkraftwerke haben. Das heisst, die Herausforderung der Lagerung von radioaktiven Abfällen haben wir, und diese werden nicht grösser, wenn man ein bestehendes Kraftwerk ersetzt. Wenn wir jetzt aber beginnen, in Gas- und Kohlekraftwerke zu investieren, dann haben wir neben der Endlagerung von radioaktiven Abfällen mittelfristig auch noch das Problem des Einlagerns von CO₂-Rückständen zu lösen.

Zickzack-Kurs

Die linke Klima-Posse war übrigens mit dem Entscheid für Gaskraftwerke und für eine radikale Initiative noch nicht zu Ende. In der letzten Woche der Frühjahrs-session hat die SP ihren eigenen Entscheid umgestossen und plötzlich das Gegenteil von dem behauptet, was sie bisher gesagt hat. Gaskraftwerke sollen den CO₂-Ausstoss nun doch primär in der Schweiz kompensieren müssen – wie dies die FDP immer verlangt hat. Es bleibt zu hoffen, dass die SP nun weiter denkt und auch die Kernenergie wieder als Option in Betracht zieht. Der Strom kommt nämlich nicht dank schöner Worte und leerer Versprechungen aus der Steckdose.

Interview

Im Gespräch mit Isabelle Moret, Nationalrätin



Isabelle Moret

Frau Moret, Sie sind seit der Wintersession 2006 im Nationalrat. Was für Eindrücke haben Sie?

Isabelle Moret: Die Arbeit im Parlament ist sehr intensiv. Allerdings ist die Arbeit in den Kommissionen besonders wichtig, um ein Anliegen, das einem am Herzen liegt, voranzubringen. Wenn man, wie ich, erst im Laufe einer Legislaturperiode in das Parlament kommt, ist es aber leider nicht immer möglich, sofort in die Kommission, die einem am besten entspricht, einzurücken.

Welche politischen Themen liegen Ihnen besonders am Herzen? Wofür setzen Sie sich ein?

Ich habe drei politische Prioritäten: die Familienpolitik, die Ausbildung und die Verbesserung der Rahmenbedingungen für die KMU.

Wir stehen in einem Wahljahr. Wie spüren Sie das?

Das Arbeitsklima im Parlament ist natürlich von den anstehenden Wahlen beeinflusst. Die populistischen Parteien verharren auf ihren Positionen, was konstruktive Lösungen manchmal sehr schwer macht. Dies gilt in besonderem Masse für die Landwirtschaftspolitik, wo ein Flügel der SVP fast ein Gesetzesvorhaben zum Scheitern

gebracht hätte, welches für die Zukunft unserer Landwirtschaft von grundlegender Bedeutung ist. Und dies, obwohl die SVP sich doch als Schutzhüter der Bauern ausgibt!

Welche persönlichen Ziele haben Sie?

Ich habe es mir zum Ziel gesetzt, bis zur Ende der Legislaturperiode eine höhere steuerliche Absetzbarkeit von Kinderbetreuungskosten durchzusetzen. Dies wird eine Übergangslösung sein, bis die Vorhaben über die Betreuungsgutscheine und die easy tax, welche wir in unserem Programm unter den Stichworten «gerechte und wachsende Schweiz» vertreten, in Kraft treten können.

Was wünschen Sie sich für die FDP?

Unsere Partei hat eine intensive programmatische Arbeit geleistet, um schliesslich das Programm der intelligenten, gerechten, offenen und wachsenden Schweiz zu verabschieden. Ich hoffe, dass dieses von den Wählern positiv aufgenommen wird und die FDP bei den anstehenden Bundeswahlen ein entsprechend gutes Ergebnis erzielt, damit wir die nötige Durchsetzungskraft erhalten, um unser Programm im Parlament umzusetzen.

Jürg Michel und Marc F. Suter neu im Nationalrat



Jürg Michel



Marc F. Suter

Die beiden Freisinnigen Jürg Michel und Marc F. Suter sind ab der Frühjahrssession 2007 im Nationalrat. Der Bündner Jürg Michel ersetzt Duri Bezzola, der Ende 2006 aus dem Nationalrat zurückgetreten ist. Der Berner Marc F. Suter ist ein Wiedereinsteiger. Er rückt für den verstorbenen Kurt Wasserfallen in den Nationalrat nach.

Stephan Hügli neuer FDP-Gemeinderat in der Stadt Bern



Stephan Hügli

Stephan Hügli, wurde am 11. März 2007 mit 12 196 Stimmen zum neuen FDP-Gemeinderat der Stadt Bern gewählt. Er tritt die Nachfolge von Kurt Wasserfallen, der am 2. Dezember 2006 verstorben ist, an. Hügli siegte gegen Reto Nause von der CVP. Stephan Hügli ist seit 2000 Fraktionschef der FDP der Stadt Bern und Mitglied der Parteileitung.

Die FDP Schweiz wünscht ihm viel Erfolg!

DV in Zug

Am 30. Juni findet im Casino in Zug die Delegiertenversammlung der FDP Schweiz statt. Wir freuen uns, wenn Sie zahlreich erscheinen!

Zürich

Lebhafte FDP-Podiumsdiskussion zum Thema Integration

Äusserst erfolgreiche Veranstaltung der FDP Zürich zum Thema muslimische Zuwanderung sowie zu den Problemen und Chancen der Integration.

Brechend voll war der Veranstaltungssaal des Sihlhofs an der Podiumsveranstaltung vom 6. März 2007 in Zürich. Die Thematik rund um die muslimische Zuwanderung in Europa wurde in einer hochkarätigen Runde erörtert. An der Diskussion beteiligten sich unter anderem der prominente Buchautor Bassam Tibi sowie Mario Gattiker vom Bundesamt für Migration. Das Gespräch verlief lebhaft und engagiert. In der Diskussion war man sich schliesslich einig, dass sich die in der Schweiz lebenden Einwanderer im Grossen und Ganzen erfolgreich integriert haben. Die Podiumsdiskussion drehte sich jedoch nicht um die zahlreichen Muslime, die bestens integriert sind, sondern die Bedenken galten all jenen, die sich nicht integrieren lassen. Das Podium versuchte deshalb, «Chancen und Probleme der Integration» auszuloten.



Bild: Keystone

St. Gallen

Triumphaler Abstimmungssieg für die FDP St. Gallen

FDP-Initiative zur Verkleinerung des Kantonsrats mit fulminanten 60 Prozent angenommen.

Trotz erbittertem Widerstand aller Parteien stand die FDP für ihre Überzeugung ein, den Kantonsrat auf eine zeitgemässe Grösse zu verkleinern. Und es hat sich gelohnt: Die St. Galler Stimmbevölkerung stimmte der FDP-Initiative zu. Künftig wird der Kantonsrat also nur noch aus 120 Kantonsräten bestehen. Dadurch kann die Effizienz des Parlamentsbetriebes massiv erhöht werden. Die FDP des Kantons St. Gallen fordert nun eine schnelle Umsetzung des Volkswillens auf die nächsten Erneuerungswahlen des Kantonsrates im Frühling 2008.

Die FDP kann den Abstimmungssieg ganz klar und allein für sich verbuchen. Schliesslich fand sie als Initiantin keinerlei Unterstützung bei den anderen Parteien. Mit diesem Erfolg beweist sie sowohl Stärke als auch Durchsetzungsvermögen.

Luzern

Der FDP Luzern «ist's nicht Wurst»

Die FDP Luzern vermittelt ihre zwei Kernbotschaften mit einem witzigen und originellen Webvideo.

Die zwei Kernbotschaften der FDP Luzern in genau 30 Sekunden auf den Punkt gebracht. Solange dauert das Webvideo, welches die FDP neu auf ihrer Homepage www.fdp-lu.ch aufgeschaltet hat. Das Kurzvideo stellt auf eine witzige und originelle Art und Weise die zwei Hauptbotschaften «sichere Arbeitsplätze und Lebensqualität» dar.

Damit investiert die FDP Luzern ins Internet und hält dadurch mit dem Trend Schritt. Denn wer nicht kurz, schnell und attraktiv kommuniziert, dürfte es in Zukunft schwer haben.

Da das Internet ständig an Bedeutung gewinnt, hat sich die FDP zum Ziel gesetzt, ihren Auftritt weiter zu professionalisieren. Webvideos versprechen nahezu unbegrenzte Kommunikationsmöglichkeiten, und dies für den Benutzer erst noch zum Nulltarif. Wozu also überhaupt noch teure Plakatwände mieten, wenn Tausende von potenziellen Neuwählern nur einen Mausklick entfernt sind?

Basel

FDP-Veranstaltung gibt den Anstoss

Unter dem Motto «Handeln statt Jammern» veranstaltete die Basler FDP am 6. Februar 2007 einen Informations- und Diskussionsabend in der Safran-Zunft zu den Themen Erdbeben und Geothermie. Der Event war ein grosser Erfolg. Gegen 200 Personen nahmen daran teil. Die Hauptteilnehmer

der Diskussion waren unter anderem Nicolas Deichmann, Stellvertretender Leiter des Schweizerischen Erdbebendienstes, Michael Kaufmann, Vizedirektor des Bundesamtes für Energie und Leiter des Programms EnergieSchweiz, sowie Daniel Moll, Geschäftsführer der Geopower Basel AG. Von ih-

nen vernahmen die Zuschauer verschiedene Aspekte zu den Erdbeben sowie der Geothermie, anschliessend konnten sie ihnen Fragen stellen. Dabei wurde zum Teil deutliche Kritik an der Geopower Basel AG und vor allem an deren Kommunikation und Schadenbewältigung im Nachgang zum

Erdbeben laut. Wiederum andere riefen dazu auf, der Geothermie als zukunftsweisende Energieform eine Chance zu geben.

Mit dieser ersten öffentlichen Veranstaltung zu einem solch komplexen Thema hat die Basler FDP den Anstoss gegeben.

Skitag

Titus Giger – ein toller Gastgeber

Skitag der Kantonalsekretäre auf den Flumserbergen

Alt Nationalrat Titus Giger entpuppte sich nicht nur als hervorragender Gastgeber und Organisator dieses Anlasses. Das herrliche Wetter liess darauf schliessen, dass er auch einen direkten Draht zu Petrus hat.

Die optimalen Schnee- und Wetterverhältnisse liessen es zu, dass sich aus den ehemaligen und aktiven Kantonal-Sekretärinnen und -Sekretären bald einmal die Gruppen «Rennfahrer» und «Geniesser»

bildeten. Dank der Handys war es aber jederzeit möglich, sich zu Speis und Trank in einem Restaurant zu treffen. Wie könnte es anders sein? Bei diesen Zusammentreffen und am Abend wurde so lange politisiert, dass verschiedene vergassen, dass auch noch ein Bett reserviert war. Bei diesen Diskussionen war klar zu erkennen, dass die FDP Schweiz mit ihren Kandidatenseminaren unter dem Titel «Lust auf Wahlkampf» goldrichtig liegt.

Skitag 2008

Diese unvergesslichen zwei Skitage gaben bereits den Impuls, Datum und Ort für die Skitage 2008 festzulegen. Es lag auf der Hand, sich für Saas-Fee zu entscheiden, rückt doch das Wallis mit dem Lötschberg-Basistunnel näher ans Zentrum der Schweiz.

Es sind alle aufgerufen sich heute schon Freitag/Samstag, 28./29. März 2008, zu reservieren.

Selbstverständlich kann auch der Sonntag angehängt werden.



Auch die Abteilung «Rennfahrer» fand einmal Zeit für den Fotografen.



Der Gastgeber, alt NR Titus Giger (Mitte), organisiert per Handy das Mittagessen für die «Geniessergruppe».

Bilder: rus

Der wahre Baumeister

Duri Bezzola hat die richtigen Leute gefunden

Während Jahren mussten die Fahrerinnen und Fahrer bei Swiss-Ski unten durch. Der Schulser Präsident von Swiss-Ski, Duri Bezzola, liess sich nicht verrückt machen.



rus. Als Baumeister weiss alt Nationalrat Duri Bezzola, dass auch ein Haus nicht an einem Tag gebaut wird und es ein Team von wahren Handwerkern braucht, um Erfolge unter Dach zu bringen. Nun, in diesem Jahr haben es die Swiss-Ski-Verantwortlichen zusammen mit den Trainern und Service-Leuten geschafft, die Ski-Damen und -Herren auf die Erfolgsstrasse zu führen. Dass die Erfolge von Cuche, Albrecht, Berthod, Kerns und Co. auch im nächsten Winter den Druck des Nachwuchses zu spüren bekommen, haben die Jungen an der Junioren-WM mit ihren hervorragenden Leistungen angezeigt.

Sieger

Beispielhafter Didier Cuche



rus. Mit dem Gewinn des Abfahrtsweltcups hat Didier Cuche unter Beweis gestellt, dass man niemals aufgeben darf. Auch dann nicht, wenn man knapp am Podest vorbeigefahren ist. Dies muss für all unsere FDP-Kandidatinnen und -Kandidaten ein Beispiel sein. Nur mit «Freude am Wahlkampf» und einem unermüdlichen Einsatz wird die FDP wieder Sitze gewinnen. Die Jungfreisinnigen werden mit ihren eigenen Listen dafür sorgen.



-Tipp

«La Maladière»: Ein Gefühl von Ewigkeit



Vier gute Jahre: Von den ersten Ideen im Frühjahr 2002 bis zur schrittweisen Übergabe an das Publikum im Herbst 2006 wurde der Gebäudekomplex «La Maladière» mit einer für helvetische Verhältnisse aussergewöhnlichen Geschwindigkeit realisiert. Den Schlüssel bildete die klare und tragfähige privat-öffentliche Partnerschaft, welche auf Vertrauen und Freundschaft aufbaut und die Absichten sämtlicher Akteure vereinte.

Von privater Seite wurden beträchtliche Summen investiert – rund 300 Millionen Franken – damit nützliche und für jedermann zugängliche, der Allgemeinheit dienende Infrastrukturen entstehen konnten. Vor allem ein Fussballstadion, das als Herzstück des Projekts sportliche Zukunftsperspektiven eröffnet und dies in einer klei-

nen Region, die sich nur zu wehmütig ihrer aussergewöhnlichen Feldzüge in die grossen europäischen Kapitalen erinnert. Danach etwas vom Wichtigsten für das Gemeinwohl: ein Interventions- und Rettungszentrum für die Ambulanzen und Feuerwehren der gesamten Agglomeration, die endlich an einem idealen Standort eine gemeinsame Basis haben, nur wenige Schritte vom neuen Spital Pourtalès entfernt. Im Weiteren eine Anzahl Turnhallen einschliesslich des seit Jahrzehnten erwarteten Geräteraums, mit Blick auf den See und die Alpen. Zu guter Letzt ein Einkaufszentrum, das zu den grössten und schönsten des Landes gehört, als wirtschaftlicher Motor des gesamten Betriebes.

Dieses Werk versteht sich als Abbild des Projekts «La Maladière» ein menschliches Abenteuer, was

die Emotionen, Hoffnungen und Leidenschaft anbelangt, aus denen es erschaffen wurde und seine Energie bezog. Es ist eine Geschichte, die teilweise in Rätseln wurzelt, deren Kapitel dem geordneten Zufall gehorchen, der sich oftmals aufdrängt, ohne dass man seine Geheimnisse je ergründet, deren Rhythmus und Tempo sich in vielfältige Hüllen kleidet. Es ist ein Lebenszeichen, ein bescheidener Funke, mit der Ambition auf Ewigkeit.

Didier Burkhalter

Buchbestellung

Das Buch ist erhältlich in Französisch und Deutsch.

Kosten: Fr. 33.–;

ab Juni Fr. 39.–

Bestellungen und nähere Infos: info@editions-attinger.ch



Staatssystem kennen lernen

Das Porträt von Lena Schneller im letzten «Freisinn» freute mich sehr. Ihr Wunsch, den Staatskundeunterricht zu intensivieren, ist seit Jahren auch mein Anliegen. Es ist für mich völlig unverständlich, dass die Bürgerinnen und Bürger der Schweiz ihr eigenes (weltweit einzigartiges) Staatssystem nicht kennen. Beruflich hatte ich viele Gelegenheiten, mit Menschen in andern Ländern auch über Politik zu diskutieren. Am meisten beeindruckt von unserem staatlichen System, insbesondere von den subsidiären Zuständigkeiten (Gemeinde – Kanton – Bund) waren Geschäftsleute aus Peking (sie meinten, wir leben im Paradies).

Durch die Unkenntnis des eigenen Systems gewinnen Schlagworte, wie z. B. «Sofort in die EU»,

Anhänger. Auch der Respekt und die Anerkennung für politisch engagierte Personen sind auf ein bedenkliches Niveau gesunken. Der Begriff «Partei» hat einen negativen «Touch» bekommen. Die Mehrheit der Bevölkerung weiss nicht, was Parteien für Arbeit (freiwillig) leisten. Viele glauben, der Staat zahle die Wahlinsätze! Die Unkenntnis unseres Staatswesens (Steuersystem) fördert auch das «Chaotikum», d. h. Sachbeschädigungen von öffentlichen Einrichtungen werden kaum geahndet. Dann gibt es sogar heute Persönlichkeiten, welche meinen, als so genannt parteilose seien sie «etwas Besseres».

Statt mit Stolz unser System im Staatskundeunterricht vertieft zu vermitteln, wird es heute den Lehrkräften völlig frei überlassen, was

im Rahmen des Geschichtsunterrichtes den jungen Menschen gelehrt wird. Meine Generation (1936) erfuhr in der Sekundarschule einen, aus heutiger Sicht, sehr intensiven Unterricht durch Ernst Brugger (damals Sekundarlehrer und Gemeindepräsident in Gossau ZH, späterer Bundesrat). Der Eintritt in die Mündigkeit (mit 20) wurde besonders feierlich gestaltet. Sämtliche mündig werdende hatten an der 1.-August-Feier auf einer Bühne anzutreten. Nach einer Ansprache mit den Hinweisen auf Pflichten und Rechte als Staatsbürger/Bürgerin wurde ein Buch mit der Geschichte des Kantons ZH überreicht. (Heute gelingt es den Gemeinden beim Erreichen des 18. Lebensjahres nicht mal mehr, die Jugendlichen für einen ge-

meinsamen Anlass zu gewinnen.) Dass mit dem Erreichen des Stimmrechtsalters auch Pflichten gegenüber dem Staat entstehen, wollte die linke Seite nicht mal in die neue ZH-Verfassung aufnehmen.

So meine ich, es wäre grossartig, wenn die Jungen von heute selbst die Initiative ergreifen, um die Staatskunde zu fördern. Deshalb freut mich das Porträt von Lena ganz besonders. Nur wer den Wert seines staatlichen Systems kennt, ist bereit, sich dafür einzusetzen.

Werner Gebauer, Birchstr. 61, 8156 Oberhasli

Harmonisierung – Absprachen – Kartelle

Gedanken zur politischen Semantik

Die EU sieht sich als grossen Wettbewerbshüter, hat Gesetze und Kommissionen, deckt Absprachen und Kartelle auf und spricht gewaltige Bussen aus gegen diejenigen, welche – den Wettbewerb nicht liebend – gegen die Regeln verstossen. Auch heimatschützerischen

Eingriffen von Regierungen in den Wettbewerb versucht sie den Riegel zu schieben, wenn auch nur mit partiellem Erfolg. Ganz im Gegensatz dazu finden die Politiker der EU Steuerwettbewerb unangebracht und schädlich, verkünden dies auch lauthals und scheuen

kein Mittel, ihn zu unterbinden. Warum wohl ist Wettbewerb schädlich und für wen? Ganz klar für denjenigen, der ein Produkt verkaufen will. Dies ist auch beim Steuerwettbewerb so, die Verkäufer sind die Politiker, ihr Produkt die Segnungen, die sie ihren Wählern versprechen wie Subventionen, soziale Einrichtungen, Brot und Spiele. Die Käufer sind aber nicht nur ihre Wähler, sondern alle Steuerzahler. Gewinnen diese Politiker, müssen alle das bezahlen, was nur ein Teil wünscht. Nicht kaufen heisst also, Adieu sagen und wegziehen, wo weniger Unerwünschtes eingekauft werden muss.

Solches freut natürlich die Politiker gar nicht, wollen sie doch alle beglücken, ob diese es wünschen oder nicht. Um diese ihre Mission ungestört erfüllen zu können, haben sie zur Zusammenarbeit gefunden, aus «Gründen der Gerechtigkeit» minimale Steuern definiert

und nennen dies «Steuerharmonisierung». Damit soll ausgedrückt werden, wie lauter ihre Absichten sind, wie moralisch ihr Tun. Ganz im Gegensatz zu Firmen, welche Absprachen treffen, wehe, sollten diese behaupten, sie hätten die Preise harmonisiert, moralische Verdammung wäre ihnen gewiss.

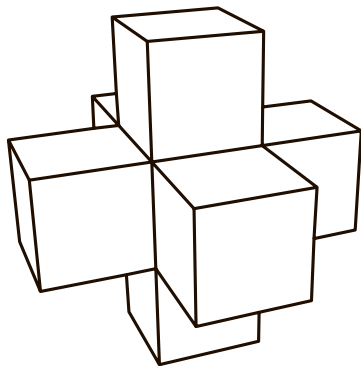
Kein Wunder, haben Staaten und Personen, welche Steuern als Preise für staatliche Leistungen ansehen und daher Wettbewerb als nützlich erachten, den Zorn der Harmonisierer auf sich geladen. Sie müssen mit allen Mitteln zur Raison gebracht werden, Verträge, Gesetze und Spielregeln hin oder her. Geschieht ihnen recht!

Es lebe der Steuerwettbewerb! Dem Bundesrat wünschen wir scharfe Schwerter, schnelle Pfeile, Ideenreichtum, Kampfgeist, Mut und Erfolg im Kampf gegen das EU-Steuer-Kartell!

H. M. Bächler, Hedingen

Schreiben Sie uns:

FDP Schweiz
Redaktion «Freisinn»
Postfach 6136
Neuengasse 20
3001 Bern
gnaegi@fdp.ch



Gerechte Schweiz

Systemwechsel bei der Kinderbetreuung prüfen

Anstatt Strukturen zu subventionieren, ist bei der Kinderbetreuung in Zukunft die Nachfrage zu unterstützen. Die FDP hat deshalb bereits vor längerer Zeit die Einführung von Betreuungsgutscheinen thematisiert. Nun hat die SP die Idee aufgenommen, was angesichts ihrer bisherigen Politik eine erstaunliche Kehrtwende ist.

Bei der ausserfamiliären Kinderbetreuung wird heute das Angebot subventioniert. Jede Erhöhung des Arbeitspensums geht in diesem Konzept für Familien mit einer teilweise massiven Verteuerung der Kinderbetreuung einher. Die FDP hat deshalb angeregt, als Alternative die Unterstützung der Nachfrage zu prüfen. Berufstätige Eltern sollen Betreuungsgutscheine erhalten, welche sie für die ausserfamiliäre Betreuung ihrer Kinder einlösen können. Die FDP hat dazu im eidgenössischen Parlament und im Zürcher Kantonsparlament auch schon Vorstösse eingereicht. Mit dem Modell der nachfrageorientierten Finanzierung wird der Wettbewerb unter den Anbietern gefördert und die Einrichtung von Betreuungsplätzen

wird dadurch auch für private Anbieter interessanter. Dies ist im Interesse der Familien.

Mit Genugtuung stellt die FDP fest, dass bei der SP ein Umdenken stattgefunden hat. Auch dort hält man gemäss Medienberichten die Idee der Betreuungsgutscheine für interessant. Die FDP setzt sich für einen einfachen und unbürokratischen Systemwechsel ein, der nicht zu neuer «Subventionitis» führt. Sie wird dabei genau beobachten, ob es der SP wirklich ernst ist, oder ob diese bloss mehr Steuergelder verteilen und die Arbeitgeber zur Kasse bitten will, was angesichts erster Modellvorstellungen leider zu befürchten ist. Die FDP will prüfen, ob und wie Finanzströme umgelagert werden können und – um administrativen Mehraufwand zu vermeiden – an bestehende Abläufe anknüpfen.

Die FDP wird die Frage der Vereinbarkeit von Beruf und Familie anlässlich ihrer Delegiertenversammlung von 31. März in Winterthur umfassend diskutieren.

Wachsende Schweiz

Aktiv für die schweizerischen Stärken eintreten

Der schweizerische Steuerföderalismus und der Steuerwettbewerb müssen aktiv gegen die Linke im In- und Ausland vertreten werden. Deshalb verlangt die FDP-Fraktion mit einer Fraktionsmotion, dass das offensive Vertreten von Steuerföderalismus und Steuerwettbewerb zu einem Ziel für die nächste Legislatur wird.

Das Steuersystem gehört in der Schweiz zu den Grundmauern des föderalistischen Staatsaufbaus. Die Möglichkeit, über Steuersätze bestimmen zu können, ist eine wichtige direktdemokratische Errungenschaft. Materieller Steuerwettbewerb kommt allen Steuerzahlerinnen und Steuerzahlern zugute, denn der Staat ist gefordert, seine Dienstleistungen in

guter Qualität zu vernünftigen Kosten anzubieten. Die Effizienz der Aufgabenerbringung wird gesteigert und das Ausgabenwachstum gebremst. Auch international ist das Steuerprofil der Schweiz ein wichtiges Standortargument.

Bundesrat Hans-Rudolf Merz hat die aktuellen ausländischen Druckversuche auf das schweizerische Steuersystem systematisch und bestimmt abgewehrt. Das Schweizerische Erfolgsmodell ist auch auf der Ebene des Gesamtbundesrats und auch in Zukunft offensiv und prospektiv im Rahmen der Aussenpolitik zu vertreten. Die FDP-Fraktion will, dass dies verbindlich in den Legislaturzielen 2008–2011 festgehalten wird.

Gerechte Schweiz

Nun braucht es die 5. IV-Revision

Die aktuellen Zahlen zur Entwicklung der Invalidenversicherung sind erfreulich. Bundesrat Pascal Couchepin ist es gelungen, im Rahmen des geltenden Gesetzes die Zahl der Neuverrentungen zu senken und jene der Rentnerinnen und Rentner zu stabilisieren. Um die Invalidenversicherung nachhaltig zu sichern, braucht es nun die 5. IV-Revision.

Jahrelang stieg in der Ära Dreifuss die Zahl der IV-Renten, und die Invalidenversicherung wurde mit immer grösseren Defiziten regelrecht ausgeblutet. Bundesrat Couchepin ist es nun gelungen, die

sen Trend zu kehren. Damit wurde bewiesen, dass es möglich ist, die unheilige Spirale zum Stillstand zu bringen – wenn man nur will. Die erfreuliche Entwicklung kann allerdings nicht darüber hinweg täuschen, dass weitere Massnahmen notwendig sind, um die Invalidenversicherung nachhaltig zu sichern. Die 5. IV-Revision ist diesbezüglich unabdingbar. Sie wird dazu führen, dass Verfahren rascher bearbeitet werden und die Erfassung der von Invalidität betroffenen Personen frühzeitig geschieht. Damit ist gewährleistet, dass diese nicht während Monaten und Jahren aus dem Arbeitsprozess gerissen werden und danach kaum mehr eingegliedert werden können. Die 5. IV-Revision dient sowohl den Betroff-



Integration: Wichtig für alle Beteiligten.

Bild: Keystone

nen als auch der Sicherheit der Invalidenversicherung.

Nach dem Nein zur Einheitskasse – wie weiter?

Eine Einheitskrankenkasse und Prämien nach wirtschaftlicher Leistungsfähigkeit sind vom Stimmvolk klar abgelehnt worden. Was für die politische Linke zu einem triumphalen Startschuss ins Wahljahr 2007 werden sollte, endete mit einer vernichtenden Niederlage – einer eigentlichen Beresina.

**Von Andreas Zeller,
Nationalrat SG**

Die Einheitskasse roch nach Staatsmedizin und Einheitsbrei. Das kommt beim Stimmvolk (vorab in der Deutschschweiz) nicht gut an. Die Tatsache, dass 40 Prozent der Kosten für die Grundversicherung bereits heute über Steuern finanziert werden, ist vielen Stimmbürgerinnen und Stimmbürgern genug der Solidarität. Was Herr und Frau Schweizer aber wollen, sind Wahlfreiheit, Wettbewerb und Qualität. Und dies alles zu Kosten, die unter Kontrolle sind. So viel zum Rückblick – so viel zur Analyse des Abstimmungsergebnisses.

Reformen rasch anpacken

Der Weg, die Gesundheitskosten in den Griff zu bekommen, ist vorgezeichnet: Er führt über die rasche und gesonderte Verabschiedung einer ganzen Reihe von Einzelmass-

nahmen. Mit anderen Worten: Jetzt ist das Parlament gefordert. Dabei darf die Reform vor den Spitälern der öffentlichen Hand nicht haltmachen. Die Neuregelung der Spitalfinanzierung (das heisst: die Übernahme von Fallpauschalen statt der Finanzierung von Rechnungsdefiziten) sowie die Revision der Spitalplanung (Öffnung kantonalen und/oder nationaler Grenzen) sind hier die erfolgversprechenden Stichworte. Die Reform der Spitalfinanzierung beinhaltet nun aber die Gefahr, dass die Risikoselektion für die Versicherer noch interessanter wird. Diesem möglichen Ansinnen gilt es aktiv entgegenzuwirken. Die Kassen müssen Anreize erhalten, bei den kostenintensiven Versicherten sinnvolle Sparmassnahmen in die Wege zu leiten, statt sie abzuschieben. Im Klartext heisst das: Anstatt Billigkassen zu verbieten, ist der Risikoausgleich



Andreas Zeller

so zu verbessern, dass sich dieses (Fehl-)Verhalten nicht lohnt. Ein weiterer erfolgversprechender Reformschritt ist die konsequente Förderung kostensparender Managed-Care-Modelle. Wer sich solchen Ärztenetzen anvertraut und damit in begrenztem Ausmass auf die freie Arztwahl verzichtet, soll mit einem tieferen Selbstbehalt belohnt werden. Allerdings genügt dabei die unverbindliche Kann-Formulierung des Ständerates nicht – hier muss der Nationalrat nachbessern. Weitere Massnahmen (wie beispielsweise die Aufhebung des Kontrahierungszwanges) sind in dem Sinne blockiert, als eine rasche und umfassende Umsetzung realistisch nicht machbar ist. Die Überlegungen des Gesundheitsministers, den Vertragszwang nur für Spezialärzte aufzuheben, sind deshalb durchaus prüfenswert –

getreu dem Motto: Weniger kann auch mehr sein.

Auch Kassen sind gefordert

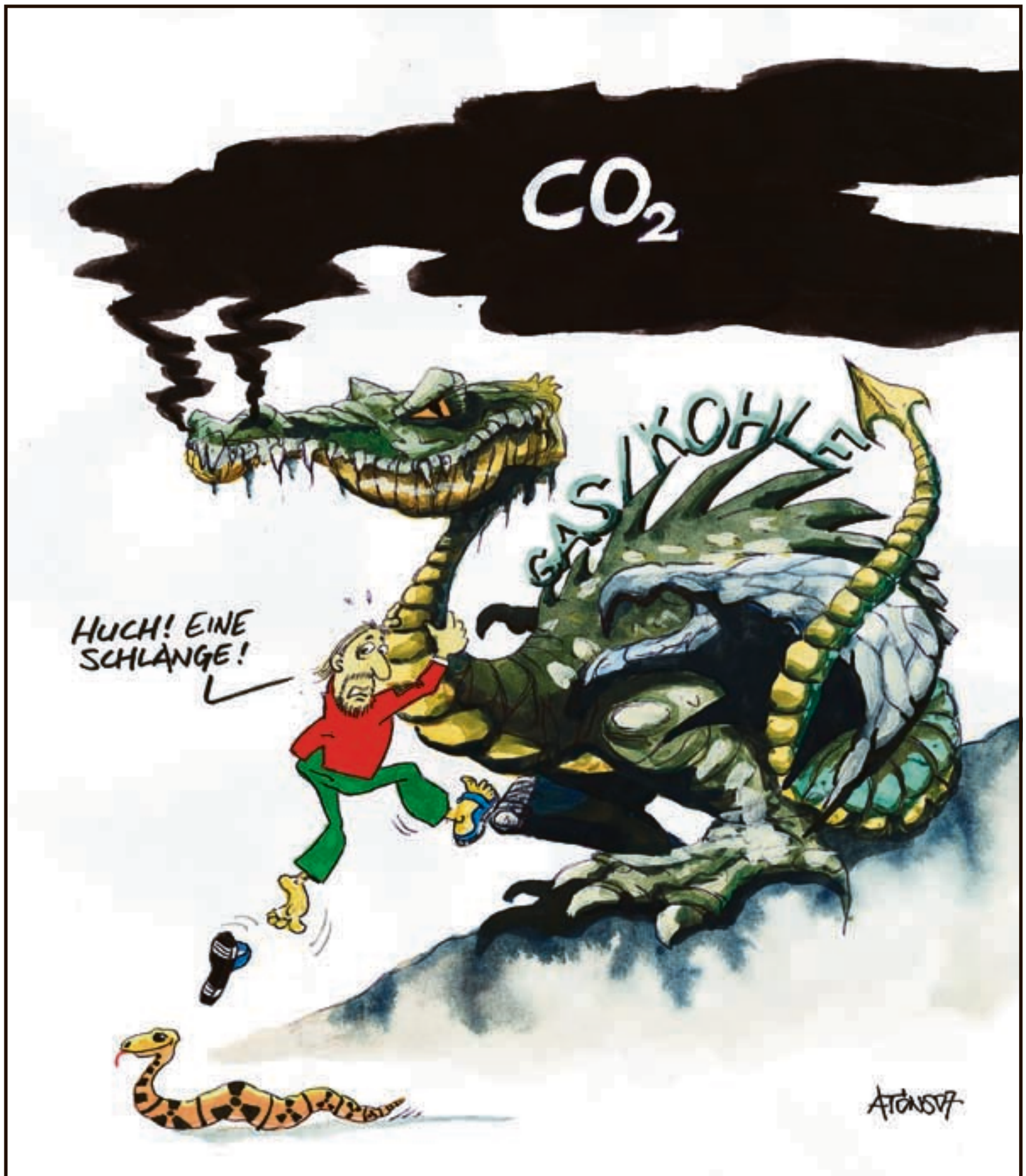
Die Krankenkassen sollten bei all diesen Reformschritten nicht als Bremser auftreten und nur eigene Interessen verfolgen, wie sie das in der Vergangenheit zumindest gelegentlich getan haben. Vielmehr sollten sie inskünftig beweisen, dass sie kundennah, kreativ und innovativ sind – dass auch sie gewillt sind, mehrheitsfähigen Reformmassnahmen zum Durchbruch zu verhelfen und damit zur Dämpfung der Kostensteigerungen beizutragen. Auch die Kassen (vor allem die grossen) haben einiges gutzumachen. Sie müssen auf breiter Front wieder Vertrauen schaffen. Sonst folgt die nächste Initiative auf dem Fuss.

Wort des Monats

Gas-Kombikraftwerke

In diesen Gross-Gaskraftwerken finden zwei Prozesse statt: In einem ersten Prozess wird Gas verbrannt und dadurch eine Turbine und ein erster Strom-Generator angetrieben. In einer zweiten Phase werden die heissen Abgase der ersten Turbine dafür verwendet, um aus Wasser Dampf zu erzeugen. Dieser Dampf treibt eine zweite Turbine und einen zweiten Generator an. Eines dieser Gross-Gaskraftwerke produziert pro Jahr rund 1 Million Tonnen CO₂. Um die absehbare Stromlücke mit Gas zu decken, wird davon ausgegangen, dass vier dieser Kraftwerke benötigt würden. Demnach würden also jährlich vier Millionen Tonnen CO₂ ausgestossen – das wäre eine klimapolitische Katastrophe und stünde im Widerspruch zu den aktuellen Reduktionsbestrebungen.

Die Gaslieferungen in die Schweiz stammen überdies zu einem grossen Teil aus Russland. Bereits in der Vergangenheit hat Russland sein Gas wiederholt als politisches Druckmittel eingesetzt und die Preise nach Belieben festgesetzt. Einen wichtigen Teil der Stromproduktion auf Gas umzustellen hiesse also, sich in Abhängigkeit von Russland zu begeben.



Ehemalige

Innere Sicherheit der Schweiz

Traditionellerweise befassen sich die «Ehemaligen FDP-Parlamentarier» in jeder Session mit einem aktuellen Thema, welches die Schweizer Bevölkerung beschäftigt.



Die Ausführungen von Eugen Thomann (l.) wurden durch das SiK-Mitglied Edi Engelberger (r.) untermauert.



Jon A. Fanzun, politischer Sekretär auf dem Generalsekretariat, rief in seinen Ausführungen die Positionspapiere der FDP Schweiz in Erinnerung.

Dem Präsidenten der «Ehemaligen», alt Nationalrat Erich Müller, ist es einmal mehr gelungen, einen kompetenten Referenten zu engagieren. Der frühere Kommandant der Kapo Zürich Eugen Thomann verstand es in seinem Referat ausgezeichnet, den Ist-Zustand zum Thema «Innere Sicherheit der Schweiz» aufzuzeigen.

Thomann bezeichnete insbesondere die Jugendgewalt als ein zunehmend dringliches Problem im Rahmen der inneren Sicherheit.

In Bezug auf die Bekämpfung des Terrorismus gab Thomann zu bedenken, dass die Schweiz den Terrortest noch nicht bestanden habe. Diesbezüglich stellt sich die Frage, wie viele Risiken und Opfer wir der Freiheit zuliebe einzugehen bereit sind.

Polizeiföderalismus kostet Geld

Die unterschiedlichen kantonalen Polizeikörper, mit einem Bestand von 20 bis 2000 Personen, zeigen auf, dass die Probleme ge-

zwungenermassen unterschiedlich angegangen werden. Das Zusammengehen von Stadt- und Kantonspolizei, wie es im Kanton Bern beschlossen wurde, ist für Thomann ein Schritt in die richtige Richtung. Befriedigend ist für ihn auch die Tatsache, dass die vier Polizeiregionen im Nachrichtenaustausch und in der Ausbildung vermehrt von einander profitieren. Thomann plädierte für einen Ausbau der «Plattform KKJPd und VBS» und für die Erarbeitung eines ganzheitlichen Sicherheitskonzepts.

FDP nimmt Thema Sicherheit ernst

Dass die FDP-Verantwortlichen die Frage der «inneren Sicherheit» und das Unbehagen in der Bevölkerung ernst nehmen, untermauerten sowohl SiK-Mitglied NR Edi Engelberger als auch der politische Sekretär der sicherheitspolitischen Kommission des Generalsekretariates, Jon A. Fanzun. Beiden ist es bewusst, dass diese Frage die Bürge-

rinnen und Bürger unseres Landes ernsthaft beschäftigt. Die Gruppe der «Ehemaligen Parlamentarier» ist überzeugt, dass die vorhandenen FDP-Papiere der aktuellen Situation gerecht werden. Die laufende Aktualisierung bietet zudem

Gewähr, dass die Kandidierenden der FDP so in der Lage sind, in diesen Fragen eine klare Meinung zu vertreten. Einzelne «Ehemalige» sind auch bereit, dabei mitzuarbeiten.



Chance des Monats

Cassis de Dijon ohne Wenn und Aber

Eigentlich hätte doch niemand was dagegen, wenn Produkte in der Schweiz billiger würden. Genau dies wäre mit der Einführung des Cassis-de-Dijon-Prinzips möglich. Denn damit würden schweizerische Spezialvorschriften aufgegeben und die Produkte würden billiger. Mit dem Cassis-de-Dijon-Prinzip könnten im EU-Raum zugelassene Produkte automatisch auch in der Schweiz zugelassen werden. Schweizer Konsumentinnen und Konsumenten profitierten so einerseits von tieferen Preisen und andererseits von einer zusätzlichen und grösseren Produktvielfalt. Die FDP fordert schon lange mit Nachdruck die möglichst rasche Einführung des Cassis-de-Dijon-Prinzips. Die Vernehmlassung ist nun abgeschlossen, und man wartet gespannt auf die Reaktion des Bundesrates. Fragt sich danach nur, ob alle Parteien dazu Farbe bekennen und gewillt sind, das Prinzip ohne Wenn und Aber einzuführen. Denn das Cassis-de-Dijon-Prinzip wiederum mit etlichen Ausnahmen einzuschränken, wäre gänzlich für die Katz: De facto bliebe der jetzige Zustand nämlich bestehen. Preise würden weiterhin durch Vorschriften künstlich hoch gehalten. Dies wäre eine verpasste Chance

Tag der Frau

Zwischen Kochherd und Computertisch

Zum internationalen Tag der Frau lud Nationalratspräsidentin Christine Egerszegi-Obrist eine Runde erfolgreicher Frauen aus Politik und Wirtschaft zu einem Podium in den Nationalratssaal ein. Darunter auch FDP-Regierungsrätin Marianne Dürst und die liberale Nationalrätin Martine Brunschwig Graf. Viel erreicht – viel zu tun, insbesondere im Bereich der familienergänzenden Kinderbetreuung, lautete das Fazit.

Rund 300 Frauen und eine Hand voll Männer waren der Einladung von Nationalratspräsidentin Christine Egerszegi zum internationalen Tag der Frau gefolgt und versammelten sich am Nachmittag des 8. März im Nationalratssaal. Unter der Gesprächsleitung von Eva Novak, Bundeshaus-Chefin der «Neuen Luzerner Zeitung» und ihrer Regionalausgaben, diskutierten erfolgreiche Frauen über die Verbesserung der Situation der Frau in der Schweiz. Unter dem Titel «Zwischen Kochherd und Computertisch» waren sich Jasmin Staiblin (Vorsitzende der Geschäftsleitung von ABB Schweiz), Marianne Dürst (Regierungsrätin Glarus), Doris Aebi (Headhunterin, Zürich), Catherine Duttweiler (Chefredaktorin «Bieler Tagblatt»), Martine Brunschwig Graf (Nationalrätin, Genf) und Colette Nova vom Gewerkschaftsbund in zentralen Fragen einig. Bei der Gleichstellung sei schon viel erreicht worden, es müsse aber noch mehr geschehen. Und es gehe harzig voran.

Zufriedene Kinder zufriedener Eltern als Schlüssel zum Erfolg

Im Zentrum steht nach übereinstimmender Meinung der Teilnehmerinnen die familienergänzende Kinderbetreuung. In der Schweiz fehlen im Vergleich zum Ausland flächendeckende Betreuungsstrukturen, klagte Jasmin Staibli. Dies sei aber zentral für einen erfolgreichen Arbeitsplatz. Wichtig sei es überdies, dass die Kinderbetreuung bezahlbar und flexibel sei. «Wer eine Sitzung um 17 Uhr hat, kann sein Kind nicht um 18 Uhr in der KITA

abholen», gibt Doris Aebi zu bedenken. Marianne Dürst nahm den Ball auf und plädierte für gemischte Teams und die stärkere Teilnahme von Frauen am Arbeitsmarkt. Ein guter Weg, führte sie aus, könnten Betreuungsgutscheine für erwerbstätige Eltern sein. Das Modell schaffe positive Anreize, und Leistung würde sich gerade auch für den Mittelstand lohnen. Die Nationalratspräsidentin betonte: «Zufriedene Eltern sind zufriedene Arbeitskräfte.»

Gleicher Lohn

Viel zu reden gab die nach wie vor bestehende Lohnungleichheit zwischen Männern und Frauen. «Es sind immer die Männer, welche die Lohndebatten anreissen», weiss Marianne Dürst aus ihrer Erfahrung als Regierungsrätin und Direktionsvorsteherin. Sie forderte die Frauen auf, «ebenfalls in die Offensive zu gehen». Auch Martine Brunschwig Graf verwies darauf, dass es ein Umdenken braucht. Allein aufgrund des Umstandes, dass sie eine Frau sei, habe sie während Jahren einen tieferen Lohn als ihre männlichen Kollegen in Kauf genommen. Heute macht sie den Frauen Mut zu mehr Selbstbewusstsein. «Man hat das Recht, zu sagen, dass man mehr Gehalt will», betont die Genfer Nationalrätin.

Dass dies nötig sei, zeigte auch die Berner Wissenschaftlerin Silvia Strub. Sie legt in ihrer Studie dar, wie allfällige Lohnungleichheiten aufgedeckt und deren Ursachen ermittelt werden können.

Die Gleichstellung von Frau und Mann sowie die Vereinbarkeit von



Familienergänzende Kinderbetreuung: Für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf.

Bild: Keystone

Familie und Beruf seien eine grosse Herausforderung, schloss Christine Egerszegi und richtete ei-

nen Appell an die Anwesenden, sich diesbezüglich stärker zu engagieren.

Wahlauftakt

Où sont les femmes? Ici!

Seit dreissig Jahren fragt der Sänger Patrick Juvet: «Où sont les femmes?» Anlässlich des Wahlauftakts der FDP-Frauen Schweiz in Lausanne wurde er endlich fündig. Die FDP-Frauen Schweiz präsentierten im Rahmen eines Polithappenings ihre Ziele, Inhalte und Top-Frauen für das Wahljahr 2007. Bei den Nationalratswahlen im Oktober wollen sie 10 Frauensitze erringen.



Das Casino de Montbenon in Lausanne bildete einen würdigen Rahmen für den Wahlauftakt.

**Von Barbara Perriard,
Generalsekretärin FDP-Frauen Schweiz**

Die FDP-Frauen Schweiz werden erstmals seit ihrer Gründung 1949 einen eigenen nationalen Wahlkampf führen. Der Startschuss dazu fiel im Rahmen eines Polithappenings mit über 150 Frauen (und Männern) aus allen Landesteilen sowie im Beisein von Ex-Miss Schweiz Lauriane Gilliéron und dem bekannten Sänger Patrick Juvet. Mit einer positiven und profilierten Politik will die einzige liberale Frauenlobby der Schweiz Frauen dazu motivieren, sich zu engagieren und am politischen Prozess aktiv teilzunehmen.

Die FDP-Frauen geben sich im Wahljahr 07 kämpferisch und lustvoll. Sie haben sich zum Ziel gesetzt, im Nationalrat 10 Sitze zu erringen. Ihre Themen sind:

- gemischte Teams in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft
- die bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf
- sowie familienfreundliche Unterrichts- und Betreuungsmodelle.

Zur Umsetzung ihrer Ziele werden die FDP-Frauen Top-Kandidatinnen aktiv unterstützen. Kämpferisch, profiliert, positiv und vernetzt lautet die Devise. Die nationale Dachkampagne wird durch bekannte FDP-Exponentinnen und Spitzenkandidatinnen verkörpert. Dazu gehören nicht nur die Nationalratspräsidentin Christine Egerszegi, die FDP-Vizepräsidentin Gabi Huber, die Berner Nationalrätin Christa Markwalder und die Swiss-Award-Gewinnerin Carla Speziali, sondern auch eine neue Generation von freisinnigen Frauen mit grossem Potenzial wie etwa die Waadtländerinnen Jacqueline de Quattro und Isabelle Moret. Sie werden mit dem Ziel «mehr Frauen ins Bundeshaus» im Wahljahr die Kernanliegen der FDP-Frauen Schweiz prominent und glaubwürdig vertreten – zugunsten aller freisinnigen Kandidatinnen und aller liberal gesinnten Frauen in der Schweiz.



«La Boum» der FDP-Frauen: bei «Où sont les femmes?» der Disco-Legende Patrick Juvet, dessen Mutter eine der ersten freisinnigen Grossrätinnen der Waadt war, tanzte der ganze Saal, so auch VD-Grossrat Olivier Feller und die frisch gewählte Christa Calpini (ganz rechts im Bild).



FDP-Vizepräsident Léonard Bender (hier mit Frauen-Generalsekretärin Barbara Perriard) hielt eine flammende Rede zur Bedeutung der Frauen in der intelligenten, offenen, wachsenden und gerechten Schweiz.



Die wahlkampfprobierten «Marianne Singers» sorgten mit lustvollen Liedern für Unterhaltung.



Begeistert: Nationalrätin Isabelle Moret, BPW-Präsidentin Sanja Ronga, FDP-ZH-Präsidentin Doris Fiala, Léonard Bender und Regine Sauter (v.l. n. r.).



Ja zu gemischten Teams, Ja zur besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf, Ja zu familienfreundlichen Betreuungs- und Unterrichtsmodellen.



Frauen-Präsidentin Marianne Dürst (rechts) kann auf ein eingespieltes Team zählen – etwa auf Geschäftsleitungsmitglied und Aargauer Grossrätin Erika Schibli (links).



«Schön selbstbewusst» – der Claim der FDP-Frauen passt auch wunderbar zu Ex-Miss-Schweiz Lauriane Gilliéron (hier mit Moderator Sébastien Leprat). Sie plädierte für das Engagement von Frauen in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft.



Top-Frauen wie die bekannte Genfer Wissenschaftlerin Marisa Jaconi (links) und die Zürcher Grossrätin Regine Sauter werden die Anliegen der liberalen Frauenlobby im Wahlkampf aktiv vertreten.

Mélanie Schenker

Präsidentin der Jungfreisinnigen Zug und Kantonsrätin

Mélanie Schenker, 34, bis März 2007 Präsidentin der Jungfreisinnigen Zug, ist in Cham ZG aufgewachsen. Nach einer kaufmännischen Grundausbildung absolvierte sie eine Weiterbildung zur Betriebswirtschaftlerin HF. Heute ist sie als Leiterin der Einwohnerkontrolle der Stadt Zug tätig.

Du bist im Oktober 2006 in den Zuger Kantonsrat gewählt worden, was sind da deine nächsten Ziele? Welches sind deine wichtigsten Anliegen für die kommende Legislatur?

Mélanie Schenker: Ein Schwerpunktsthema wird der Bereich Bildung sein. Dabei geht es mir zum einen um die Chancengleichheit aller und zum anderen um die Qualität im Bildungsbereich. Für den Wohlstand unseres Landes ist es unumgänglich, über das bestausgebildete Humankapital zu verfügen. Nur so wird es uns gelingen, gegenüber aufstrebenden Entwicklungsländern einen strategischen Wettbewerbsvorteil zu erringen. Und nur ein solcher Wettbewerbsvorteil wird es uns ermöglichen, unseren Wohlstand zu verteidigen.

War bei deinem Wahlkampf dein Alter je ein Thema? Wenn ja, in welcher Hinsicht?

Das Alter war während meines Wahlkampfes nie ein Thema. Dies hat wahrscheinlich zwei Gründe, einerseits habe ich auf einer FDP-Liste kandidiert (keine eigene jungfreisinnige Liste) und andererseits bin ich mit 34 Jahren schon fast keine Jungfreisinnige mehr.

Was müssen die FDP und die Jungfreisinnigen anders machen, damit wir mehr junge Menschen wie dich in kommunalen und regionalen Parlamenten haben?

Ich denke, dass nicht die FDP und die Jungfreisinnigen etwas machen müssen, sondern alle zusam-



Mélanie Schenker

men sollten was tun. Das fängt meiner Meinung nach in der Schule an – dort sollten aktuelle politische Themen auch im Unterricht thematisiert werden.

Hast du einige Tipps für junge Kandidierende?

Grundsätzlich sollte man einfach den Mut haben, sich auf etwas «Neues» einzulassen. Die Erfahrung kommt im Amt und man kann diese nicht erlernen. Zudem wird man schnell merken, dass man bei jeder Kandidatur Erfahrene dabei hat, die einen unterstützen.

Gibt es Punkte, die einen jungen Politiker von einem älteren unterscheiden?

Es mag sein, dass Jungpolitiker im Gegensatz zu Altpolitikern über weniger politische Erfahrungen verfügen. Diese «Unerfahrenheit» kann sich aber positiv auswirken. Konkretes, kritisches Hinterfragen kann Diskussionen auslösen, die oft neue, kreative Lösungen ergeben.

Was ist deine Motivation, Politik zu machen?

Heute werden viele politische Entscheidungen getroffen, die langfristige Auswirkungen haben – Auswirkungen, die vor allem die junge Generation betreffen. Darum muss diese Generation mitbestimmen

können. Je mehr sich die jungen Leute ernst genommen und vertreten fühlen, desto mehr werden sie sich politisch engagieren und die Lösungen künftiger Probleme mittragen.

Was ist dir neben der Politik wichtig?

Neben der Politik sind mir meine Familie und meine Freunde wichtig.

Welches Buch hast du als letztes gelesen?

«Einen Augenblick bitte...» von Thomas Brändle, FDP-Kantonsrat Zug.

Wenn du eine Milliarde Franken hättest, wo würdest du sie einsetzen?

Das finde ich eine schwierige Frage. Wahrscheinlich würde ich kleine Projekte und Organisationen unterstützen – denn dort ist meistens durch das persönliche Engagement Einzelner garantiert, dass die Hilfe auch dort Früchte trägt, wo sie soll.

Welches sind die drei wichtigsten Politikfelder, in der die Schweiz nun handeln muss?

Bildung, Bildung, Bildung.

Was gefällt dir an der Schweiz, was nicht?

Es gibt sehr viele grosse und kleine Dinge, die mir in der Schweiz gefallen. Das fängt bei A wie Alpen an und hört bei Z wie Zug auf. Manchmal macht mir unser engstirniges und kurzfristiges Denken Mühe.

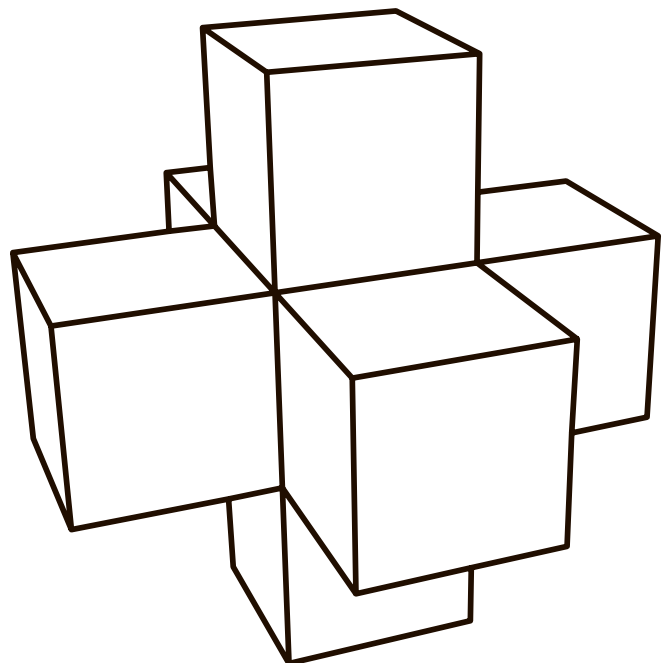
Welchen prominenten Schweizer würdest du gerne persönlich kennen lernen und warum?

Da gibt es einige.

Was bedeutet liberal sein für dich?

Das Individuum steht im Zentrum, staatliche Regulationen werden verhindert und der freie Wettbewerb in der Wirtschaft ist garantiert.

Interview: Lena Schneller



Obligatorischer Staatskundeunterricht ab der 7. Klasse

Alain Schreiner, Vizepräsident jf@hsg und Kantonsratskandidat*

Jüngste Studien berichten, dass ein hoher Anteil der Jugendlichen kaum mit den politischen Strukturen und Institutionen unseres Landes vertraut ist. Ein obligatorischer Staatskundeunterricht mit klar definierten Lernzielen wäre eine Möglichkeit, den Jugendlichen ein allgemeines Verständnis für Demokratie, Verantwortung und Beteiligungsmöglichkeiten am politischen System zu vermitteln.

Seit der Entstehung des schweizerischen Bundesstaates im 19. Jahrhundert wird unser Land weitgehend durch seinen Souverän, das Schweizer Volk, im Rahmen der Demokratie gestaltet und bestimmt. Die hervorragende Stellung der Schweiz in der Welt hängt stark zusammen mit den verantwortungsbewussten Entscheidungen, welche eben dieser Souverän in den vergangenen knapp 160 Jahren getroffen hat. Nun berichten aber Studien, dass Jugendliche im Durchschnitt ein alarmierend tiefes Wissen über die Grundstrukturen unseres Bundesstaates, die politischen Institutionen und das Funktionieren der Demokratie aufweisen. Ursache ist unter anderem ein mangelhafter Staatskundeunterricht, welcher je nach Schule unterschiedlich ausgeprägt ist und in den wenigsten Kantonen verbindlich in den Lehrplan aufgenommen wurde.

Es drängt sich unweigerlich die Frage auf, ob akzeptiert werden darf, dass ein grosser Teil des zukünftigen Souveräns weder seine Aufgabe noch seine Verantwortung zu erkennen vermag, weil ihm selbst die rudimentärsten Elemente des Bundesstaates und die Umstände, unter welchen dieser entstanden ist, nicht vertraut sind. Die Jungfreisinnigen verneinen dies vehement, denn ein Gesetzgeber, der sich seiner Verantwortung nicht



Alain Schreiner

bewusst ist, ist nicht nur nutzlos, sondern auch eine Gefahr für den Fortbestand einer der fortschrittlichsten Demokratien der heutigen Zeit. Das Schweizer Staatswesen basiert auf der Partizipation der Bevölkerung, der Subsidiarität und der Eigenverantwortung – Werte, welche die Schweiz einst so erfolgreich und zu einem der führenden Lebens- und Wirtschaftsstandorte dieser Welt gemacht haben. Um die besten Traditionen dieses Landes zu erhalten, fordern die Jungfreisinnigen einen obligatorischen Staatskundeunterricht, welcher den Jugendlichen nicht nur staatspolitisches Grundwissen, sondern auch Freude an der Politik vermittelt.

Verbindliche Lernziele

Der Staatskundeunterricht soll bei den Jugendlichen primär das Interesse an der Politik wecken und die Schülerinnen und Schüler dazu motivieren, das politische Geschehen zu verfolgen und aktiv daran mitzuwirken. Während mindestens vier Semestern soll er den Jugendlichen in Real-, Sekundar- und Gymnasialstufe nicht nur staatspolitisches Grundwissen vermitteln, sondern durch Orientierung an aktuellen politischen Ereignissen auch einen Gegenwartsbezug her-

stellen. Wenn Jugendliche in einer Gemeinde beispielsweise den Bau eines Skaterparks bewirken möchten, dann wäre dies eine willkommene Gelegenheit, um die politischen Möglichkeiten und notwendigen Schritte im Fach Staatskunde nicht nur theoretisch, sondern gleich auch in der Praxis zu behandeln.

Damit eine kompetente politische Grundausbildung der Schülerinnen und Schüler gewährleistet ist, müssen die kantonalen Lehrpläne konkrete und verbindliche Lernziele vorgeben. Dazu gehören Kenntnisse über die Wirkung und Macht der Medien auf die politische Willensbildung, über die Grundstrukturen des Schweizerischen Bundesstaates sowie ein Überblick über die politischen Rechte und Pflichten jedes Einzelnen. Ebenso wichtig sind aufgrund der fortschreitenden internationalen Verflechtung Grundkenntnisse über die Aufgaben und Funktionen der verschiedenen internationalen und supranationalen Organisationen.

Ein fundierter Staatskundeunterricht leistet einen wesentlichen Beitrag zum Verständnis des politischen und wirtschaftlichen Geschehens, er regt die Jugendlichen dazu an, sich selbstständig mit politischen Fragen auseinanderzusetzen, Interessensbindungen zu erkennen und sich ein eigenes Urteil zu bilden. Letztlich fördert er aber auch die Toleranz und Offenheit gegenüber anderen Meinungen und das Bewusstsein der Jugendlichen über ihre Verantwortung gegenüber dem Staat und der Gesellschaft. Als Gründerväter des Bundesstaates ist es die Pflicht von uns Liberalen, für optimales Wissen über die Grundstrukturen unseres Staatswesens zu kämpfen, um den Erhalt des Milizsystems und der direktdemokratischen Institutionen sicherzustellen.

* Alain Schreiner kandidiert am 15. April auf der Liste der FDP Bezirk Meilen für den Zürcher Kantonsrat.



Hochschulen auf dem Weg in die Zukunft

Die Schweizer Hochschulbildung befindet sich im Wandel. Mit der neuen Hochschulpolitik soll die Schweiz in Sachen Bildung wettbewerbsfähiger werden. Im Zentrum steht die Schaffung eines kohärenten Hochschulraums Schweiz, der alle Hochschultypen umfasst und die bestehenden Schwachstellen des Hochschulsystems beheben soll.



Das Schweizer Hochschulsystem ist in die beiden Hochschultypen universitäre Hochschulen und Fachhochschulen aufgeteilt. Derzeit umfasst es zehn kantonale Universitäten (Neuenburg, Freiburg, Lausanne, Genf, Bern, Zürich, St. Gallen, Basel, Luzern, Svizzera italiana), die beiden Eidgenössischen Technischen Hochschulen (ETH Lausanne und Zürich) fokussieren sich auf die Fachbereiche exakte und technische Wissenschaften sowie Naturwissenschaften. Die Fachhochschulen unterscheiden sich von universitären Hochschulen vor allem durch stärker praxisorientierte Fachbereichsausbildungen, welche durch den Bund geregelt werden. Eine Ausnahme bildet nur die Lehrkräfteausbildung, die in die kantonale Kompetenz fällt.

Sowohl vielfältige als auch fachspezifische Studienangebote

Die Mehrzahl der kantonalen Universitäten bietet ein vielfältiges Angebot an Studienrichtungen an.

Demgegenüber stehen die Hochschulen St. Gallen, Luzern und Svizzera italiana, welche engere fachspezifische Studienangebote haben. Die beiden Eidgenössischen Technischen Hochschulen (ETH Lausanne und Zürich) fokussieren sich auf die Fachbereiche exakte und technische Wissenschaften sowie Naturwissenschaften. Die Fachhochschulen unterscheiden sich von universitären Hochschulen vor allem durch stärker praxisorientierte Fachbereichsausbildungen, welche durch den Bund geregelt werden. Eine Ausnahme bildet nur die Lehrkräfteausbildung, die in die kantonale Kompetenz fällt.

Bildungslandschaft Schweiz qualitativ hochstehend

Die schweizerische Hochschullandschaft zeichnet sich ganz klar durch ein breites und differenziertes Ausbildungsangebot, hoch stehende Forschung, eine zunehmende internationale Vernetzung sowie eine einzigartige kulturelle

und sprachliche Vielfalt aus. Im internationalen Vergleich sind die Leistungen der schweizerischen Hochschulen nach wie vor gut und äusserst wettbewerbsfähig. Das heutige System weist dennoch auch eine Reihe von Schwachstellen auf: unzureichende gesamtschweizerische Steuerung, ungenügende Transparenz und Effizienz bei der Mittelzuteilung sowie eine schwache oder fehlende Aufgabenteilung zwischen und innerhalb der einzelnen Hochschultypen.

Transparenteres Hochschulsystem durch Bologna-Reform

1999 haben 29 europäische Staaten, darunter auch die Schweiz, die sogenannte Bologna-Deklaration unterzeichnet. Dadurch haben sie sich verpflichtet, bis zum Jahr 2010 einen gemeinsamen europäischen Hochschulraum zu schaffen. Dies bedeutet eine europaweite Mobilität der Studierenden mit einem transparenten Leistungspunktesystem, welches gegenseitige Vergleichbarkeit von Abschlüs-

sen ermöglicht. Ausserdem werden Studienprogramme modernisiert und ein zweistufiges Studiensystem mit Bachelor- und Master-Studium wird eingeführt.

Stärkung des Hochschulplatzes Schweiz durch Modernisierung

Durch die Reform und damit die Modernisierung der Hochschulen kann die Qualität des akademischen Unterrichts erhöht werden, die Studiengänge werden auf die Bedürfnisse der Studierenden abgestimmt und die gesellschaftliche Stellung der Hochschulen wird durch Selbständigkeit verbessert. Mit der Vereinheitlichung der Titel wird eine erhöhte Transparenz geschaffen, so dass europaweit der Leistungsumfang eines Bachelor- oder Master-Abschlusses verglichen werden kann. Die Umsetzung der Bologna-Reform kommt ausserdem dem Anliegen der Schweizer Wirtschaft nach jüngeren und mobileren Hochschulabsolventen stark entgegen. Unternehmen können einfacher Hochschulabsolven-

ten mit international vergleichbaren Abschlüssen rekrutieren. Die Bologna-Reform mit dem neu geschaffenen europäischen Hochschulraum liefert einen wichtigen bildungspolitischen Beitrag zu einer intelligenten Schweiz.

Bildung ist das höchste Gut

Bildung ist für den Wohlstand eines Landes eine wichtige Voraussetzung. Länder mit einem höheren durchschnittlichen Bildungsniveau weisen eine höhere Produktivität auf und profitieren schliesslich von einem höheren Lebensstandard. Ein hohes Bildungsniveau verlangt ein effizientes und effektives Bildungssystem. Hochschulen müssen sich den wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Veränderungen stetig anpassen. Die Schweiz hat dies mit der Unterzeichnung der Bologna-Deklaration getan.

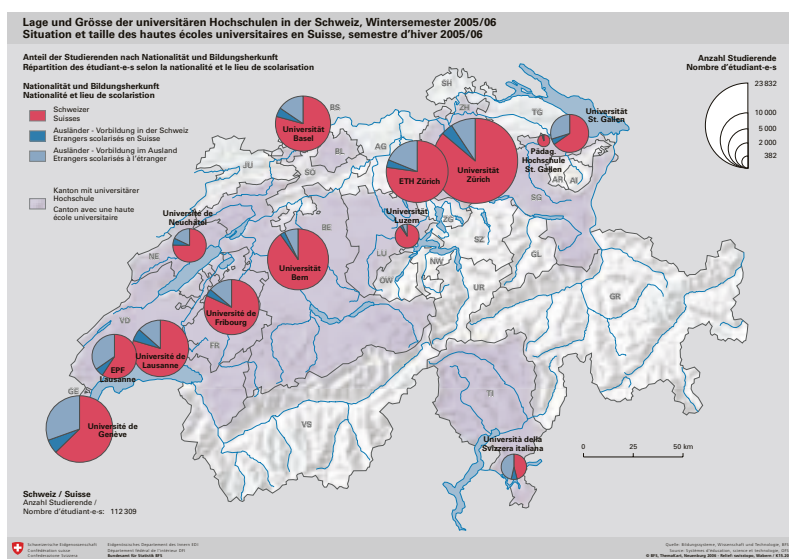
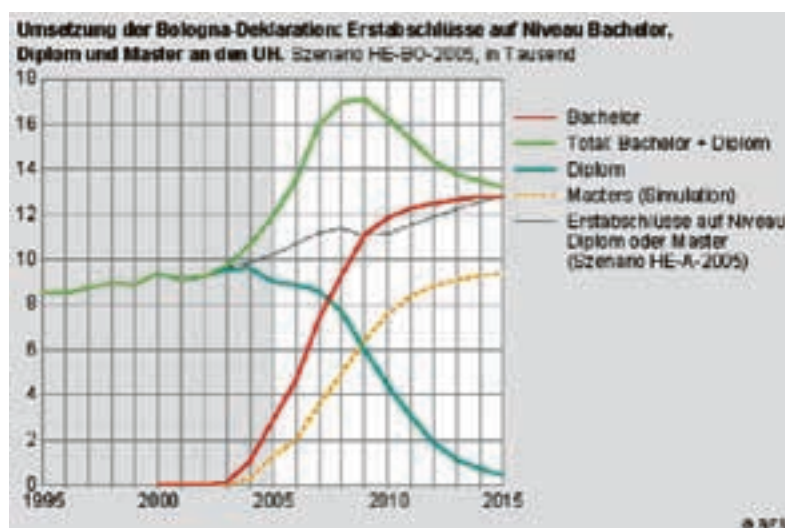
Chancen für die Wirtschaft

Weitere Vorteile der Bologna-Reform und der damit verbundenen Bachelor- und Master-Studiengänge sind, dass einerseits Studierende bereits relativ jung ins Berufsleben eintreten, ihren Lebensunterhalt früher selber verdienen und erste Erfahrungen in der Arbeitswelt sammeln können. Andererseits können sie auch eine Familie gründen und dann später ihr Master-Studium absolvieren. Personen, die den Mas-

ter-Studiengang nicht unmittelbar nach dem Bachelor-Abschluss beginnen, stehen durch Bologna nun vermehrt berufsbegleitende Master-Studiengänge zur Verfügung. Dies erlaubt ihnen, berufliche Karriere, Familie und das Studieren unter einen Hut zu bringen.

Erfolgreiche Umsetzung in der Schweiz

Die Schweiz zählte zu den Erstunterzeichnern und hat die Bologna-Reform zügig umgesetzt. Seit Herbst 2005 ist die Mehrheit der Studiengänge auf das Bachelor-System umgestellt worden. Durch die Verkürzung der Studiendauer bis zum «ersten Abschluss» dürfte die Diplomzahl insgesamt stark ansteigen. Der Höhepunkt wird voraussichtlich 2009 mit 17 000 Bachelor/Lizenziaten/Diplomen erreicht werden. Ohne Bologna-Reform wäre mit 11 000 Lizenziaten/Diplomen zu rechnen. 2009 wird sowohl ein grosser Prozentsatz der Studierenden, die 2006 ein Bachelor-Studium begonnen haben, als auch ein grosser Anteil der Studierenden, die 2004 ein Lizenziats-/Diplomstudium aufgenommen haben, ihren Abschluss machen.



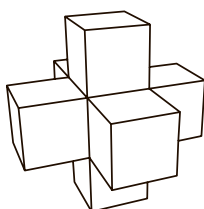
Dringliche Interpellation und Motion eingereicht

1. Steuerföderalismus und Steuerwettbewerb als Legislaturziel 2008–2011

Der Bundesrat wird beauftragt, die Verteidigung und offensive Vertretung des Steuerföderalismus und des Steuerwettbewerbs in der Aussenpolitik als Kernziel in den Bericht über die Legislaturplanung 2008–2011 aufzunehmen.

Begründung:

Das Steuerwesen gehört in der Schweiz zu den Grundmauern des föderalistischen Staatsaufbaus. Nicht nur der Bund, sondern auch die Kantone sind mit eigener Steuerhoheit versehen. Bund und Kantone dürfen damit eigene Steuern erheben und über die Erträge frei verfügen. Sodann haben auch die Gemeinden eine eigene Steuerhoheit. Zwischen den Kantonen und den Gemeinden wird Steuerwettbewerb ermöglicht, indem dem Bund die Berechtigung zur materiellen Harmonisierung nicht erteilt wird. Im Verhältnis zwischen Bürger und Staat ergänzen sich in der Schweiz die Abstimmung mit dem Stimmzettel (Voice) und die Abstimmung mit den Füßen (Exit). Ein System «Voice ohne Exit» würde die direkte Demokratie (Voice) erheblich schwächen. Materieller Steuerwettbewerb kommt dem Steuerzahler und Abnehmer staatlicher Dienstleistungen zugute. Die Drohung des Bürgers mit dem Exit entfaltet disziplinierende Wirkung, sorgt für Effizienz in der Aufgabenerbringung und bremst das Ausgabenwachstum. Das Steuerregime ist sodann wichtiger Bestandteil des Standortprofils im internationalen Standortwettbewerb. Die Schweiz ist und bleibt im Bereich Steuerpolitik erheblichem Druck aus der EU ausgesetzt, wobei zu betonen ist, dass die Harmonisierungstendenzen in der EU selbst umstritten sind. Der Schweizer Finanzminister, Bundesrat Merz, hat die Druckversuche systematisch und mit Bestimmtheit abgewehrt und dabei auch verschiedentlich Schützenhilfe erhalten, so etwa aus Luxemburg. Die Schweiz begeht einen strategischen Fehler, wenn sie die gewaltigen Vorteile des hiesigen Steuersystems lediglich bei Angriffen verteidigt. Die politische Linke im In- und Ausland ist bestrebt, der Schweiz – und anderen Staaten mit Steuerföderalismus und Steuerwettbewerb – einen Diskurs aufzudrängen, der materiellen Steuerwettbewerb als volkswirtschaftlich schädlich und moralisch verwerflich darstellt. Es gilt, das Erfolgsmodell Steuerföderalismus und Steuerwettbewerb auf der Ebene Gesamtbundesrat künftig offensiv im Rahmen der Aussenpolitik zu vertreten.



2. Steuerföderalismus als Grundpfeiler des schweizerischen Staatsverständnisses

Die Kommission der Europäischen Gemeinschaften hat im Februar 2007 entschieden, bestimmte kantonale Massnahmen zur Unternehmensbesteuerung als Verletzung des Freihandelsabkommens von 1972 zwischen der Schweiz und der EG zu taxieren. Sie hat in der Entscheidung die Erwartungshaltung ausgedrückt, dass die Schweiz die kritisierten Steuerregelungen aufhebt oder abändert. Die Kommission hat weiter festgehalten, dass sie sich vorbehält, dem Ministerrat «Schutzmassnahmen» vorzuschlagen. In diesem Zusammenhang ersuchen wir den Bundesrat um die Beantwortung folgender Fragen:

1. Wie beurteilt der Bundesrat diese eklatante Strapazierung des bilateralen Verhältnisses?
2. Welche Bedeutung hat der Entscheid für das künftige Verhältnis der Schweiz mit der EU?
3. Das Vorgehen der EU kommt einer Infragestellung eines Eckpfeilers des schweizerischen Staatsverständnisses und damit einem Angriff auf die Souveränität der Schweiz gleich. Welche Massnahmen gedenkt der Bundesrat zu ergreifen, um unsere steuerpolitische Souveränität nachhaltig zu sichern?
4. Wie erklärt sich der Bundesrat, dass die Kommission sich dermassen forsch über die Meinung des erklärten Befürworters des Steuerwettbewerbs, Binnenmarktkommissar Charlie McCreevy, hinwegsetzen konnte?
5. Teilt der Bundesrat die Ansicht, dass weder in den Mitgliedsländern noch in der Kommission eine einheitliche Auffassung bezüglich Steuerwettbewerb vorliegt, sondern im Gegenteil unterschiedliche Konzeptionen bestehen, welche sich sowohl in einer Zunahme der steuerpolitischen Reformen einerseits (z. B. Irland) als auch in Harmonisierungsbestrebungen andererseits äussern?
6. Ist der Bundesrat bereit, die Kontakte innerhalb der EU-Mitgliedstaaten zugunsten unserer Interessen zu intensivieren?
7. Teilt der Bundesrat die Auffassung, wonach das Freihandelsabkommen von 1972 keinerlei Rechtsbasis für die Anschuldigungen der EU-Kommission bietet?
8. Die europäische und auch die schweizerische Linke versuchen, den materiellen Steuerwettbewerb als volkswirtschaftlich schädlich und moralisch verwerflich darzustellen und zu eliminieren. Ist der Bundesrat weiterhin der Auffassung (vgl. Antwort auf FDP-Interpellation 05.3738, Angriffe auf den Steuerwettbewerb), dass der Steuerwettbewerb im Interesse unserer Volkswirtschaft und unserer Bevölkerung ist und daher verteidigt werden muss?

Die 5. IV-Revision ist nötig, richtig und wichtig

Seit den 90er Jahren ist die Zahl der Invaliditätsfälle sprunghaft angestiegen. Heute beziehen fast 6% unserer Bevölkerung eine IV-Rente, bei den über 60-jährigen Männern sind es gar 17%. Jede dritte Rente wird aufgrund eines psychischen Leidens gesprochen.

**Von Christine Egerszegi-Obrist,
Nationalratspräsidentin,
Mellingen**

Die IV ist total überfordert und verschuldet sich jedes Jahr mit zusätzlichen 1,5 Mrd. Franken, die aus dem AHV-Ausgleichsfonds berappt werden müssen. Alle wissen es: Wenn wir jetzt keine Trendumkehr machen können, wird unsere AHV von der IV ausgehöhlt, und die Prämien für die 2. Säule steigen unverantwortbar an. Deshalb muss die 5. IV-Revision im Juni angenommen werden.

Durch die Einführung der IV (vor bald 50 Jahren) wollte man Menschen unterstützen, die wegen Unfalls oder Krankheit umgeschult werden müssen, die Hilfsmittel zur Überwindung von Behinderungen brauchen oder schliesslich eine Rente beanspruchen müssen. Man rechnete mit etwa 0,4% der Bevölkerung. Von Anfang an galt der Grundsatz: Eingliederung vor Rente.

Dieses Prinzip wurde nach und nach verwässert und der Krankheits- und Invaliditätsbegriff gleichzeitig enorm erweitert. Es ist auch nicht von der Hand zu weisen, dass die Invalidenversicherung für gewisse Leute – angestossen durch die Rezessionsjahre – als Arbeitslosenversicherungersatz oder Sozialhilfeersatz benützt worden ist. Durch die massive Steigerung der Zahl der IV-Fälle in den letzten 10 Jahren geriet die finanzielle Lage der Versicherung völlig aus dem Ruder, und dies, obwohl immer wieder Millionen aus dem EO-Fonds dazugeschüttet wurden: Der Schuldenberg der IV wächst jedes Jahr um zusätzliche 1,5 Mrd. und wird bis Ende 2007 auf 11 Mrd. Franken angewachsen sein. Das belastet nicht nur die IV; das gefährdet



Christine Egerszegi

auch die AHV, weil diese mit ihrem gemeinsamen Ausgleichsfonds für diese Ausfälle hinhalten muss. Selbst die zweite Säule leidet stark unter der Last der Verdoppelung der IV-Renten: Die IV ist für Arbeitnehmende die erste Säule; die zweite ist die berufliche Vorsorge. Die Steigerung der IV-Quote hat deshalb zu einem enormen Druck auf die Prämien der zweiten Säule geführt. Darunter leiden spürbar sehr viele Arbeitgebende und Arbeitnehmende.

Viel zu lange hatte das BSV die Augen vor diesen Problemen verschlossen. Nun hat sich der Rat zu wichtigen Sanierungsmassnahmen durchgerungen, um die Zunahme der IV-Neurenten weiter zu bremsen:

- Durch gezielte Früherfassung soll verhindert werden, dass die Situation der Betroffenen erst nach 200 Taggeldern der Krankenkassen genauer überprüft wird, weil nach so langer Zeit eine Eingliederung kaum mehr möglich ist.

- Durch verschiedene Massnahmen der Frühinterventionen (Anpassung des Arbeitsplatzes, Arbeitsvermittlung, sozialberufliche Rehabilitation usw.) soll bewirkt werden, dass ganz oder teilweise

arbeitsunfähige Personen ihren Arbeitsplatz behalten oder im gleichen Betrieb einen andern antreten können.

- Eine Mitwirkungspflicht bei den Abklärungen und Umschulungsmassnahmen wird vorgeschrieben.

- Der Begriff der Invalidität und des Rentenanspruches wird strenger gefasst, um den Zugang zu einer Rente etwas zu erschweren.

Gleichzeitig soll auch mit gezielten Sparmassnahmen die Attraktivität der IV vermindert werden:

- Der Karrierezuschlag (die angenommene stetige Lohnerhöhung wie im früheren Beruf) wird aufgehoben, weil es in keinem Beruf eine solche automatische Verbesserung gibt.

- Die Zusatzrenten für Ehefrauen sollen auch bei den laufenden Renten gestrichen werden, da der Partner / die Partnerin über die Hilfflosenentschädigung für den Pflegeaufwand eine Assistenzentschädigung beanspruchen kann.

Die Sparmassnahmen sind einschneidend, aber nötig. Zur Sanierung dieses Sozialwerkes werden sie aber nicht genügen, eine Zusatzfinanzierung wird unvermeidbar. Allerdings wird das Parlament erst endgültig über eine dazu benötigte befristete Mehrwertsteuererhöhung entscheiden, wenn bekannt ist, ob die 5. IV-Revision wie vorgesehen in Kraft treten kann. Es ist wichtig, dass die IV nicht einfach wieder über eine Finanzspritze am Leben erhalten wird, sondern wirkliche, notwendige Systemkorrekturen erhält.

In der Debatte fanden alle Parteien, dass ihnen die IV-Sanierung ein dringliches Anliegen sei. Auch viele IV-Verbände anerkennen, dass die heutige Lage dieser Sozialversicherung ein Missstand ist. Umso unverständlicher ist es, dass das Referendum ergriffen worden ist. Jetzt braucht es den Mut zur Ehrlichkeit: Die 5. IV-Revision ist nötig, richtig und wichtig. Deshalb verdient sie ein kräftiges Ja.

Agenda

April 2007

28. Delegiertenversammlung der LPS

Mai 2007

1.	Konferenz der liberalen Regierungsräte
10.	Geschäftsleitung
11./12.	Ausbildungsseminar der radikalen und liberalen Kandidaten (romands)
22./23.	Ausbildungsseminar
25.	Vorsessionale Fraktionssitzung
25.	Von-Wattenwyl-Gespräche
26.	Vorsessionale Fraktionssitzung

Im Märzen der Bauer...

1100 bei Cäsar	macht das Wetter auch für die Bauern	Produktionszweig der Landwirtschaft	ein Reh aus Film- und Märchen	Anrede für den edlen Engländer	Entschädigungen für Pflege der Landschaft	keine kuschelige Grosskatze	wo wurde französisch gewählt	Fixpunkt der Antarktis	Öl aus der Toscana
saugt die Biene aus der Blüte		nachwachsender Treibstoff ganz heute		Eishaus der Inuits wippendes Balkkleid				3 oekologische Produktion	hat einst den Pflug mit 1 PS gezogen
				Loyalität, für Bauern auch zur Scholle				Gänse, Enten, Pfau und Hühner	
meist harmonisierende Arbeitsgruppe			1			Düngung o. Dichtung englisches Fürwort		militärisch kurzer Offizier	
er mäht das Gras noch am Steilhang		heisst bei uns eher Zvieri	für die alte Garde auch ein Karabiner		alte Jagdwaffe ist seit 1481 CH-Mitglied			4	
ohne Befund, also kerngesund	ihr gehen die Augen im Dreck auf	2	grösseres Landgut					Wasser im Léman	
Vierbeiner, nun f. CO ₂ Ausstoss an -geprangert				Einfuhrabgaben, die CH-Bauern schützen				Mehrzeckzugmaschine	
ermöglicht Aufstiege, step by step	die grüne Insel der Iren		Hauptamt d. Rheindeltas Erzeugnisse vom Hof		bloss oder kaum	verkehrter Tau Windrosenrichtung			
	5			die grosse Ehre der Franzosen			6		
erlaubt die Produktion von Milch und Fleisch			7					fliegt ins All, sowie . Sylvester u. 1. August	
				manches tickt selbst noch am Arm			8		
blankes Entsetzen und Grauen		bei dem, enger gefasst	afrikan. Rät-selantilope dreifach ein Klaffter	9	die Waffe in Spanien oder Italien	lateinisch gekürzt gedeckter Festplatz			
kaputt oder mindestens beschädigt	Stadtfahrzeug Feuer in Genf			Futter für die Viehwirtschaft			Boxer-niederlage milit. Generalstab		
	10			französisch enorm in Wut geraten					
erlauben die Ernte vom Hochstamm					12 hier setzen die Schweine Speck an				
das vierte der Mosesbücher				Hansjörg, NR und Bauernpräsident			11		

Preise:



1.-3.Preis: gerüstet für den Wahlkampf – je ein Set mit FDP-Gadgets

So machen Sie mit:

Schreiben Sie uns bis zum 16. April 2007 eine Postkarte oder eine E-Mail mit dem Lösungswort, Ihrem Namen und Adresse an:

Generalsekretariat FDP
«Freisinn»-Rätsel
Postfach 6136
3001 Bern
raetsel@fdp.ch

Die Gewinnerinnen und Gewinner werden ausgelost und persönlich benachrichtigt. Der Rechtsweg ist ausgeschlossen.

Lösungswort:

1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12
---	---	---	---	---	---	---	---	---	----	----	----

Auflösung Kreuzworträtsel Nr. 2/07



Marktwirtschaft und Zuckerwatte

Das richtige Lösungswort des Kreuzworträtsels Nr. 2/07 lautete: Rummelplätze. Bis zum Redaktionsschluss sind 212 richtige Antworten bei uns eingegangen.

1.–3. Preis: je ein Büchergutschein im Wert von Fr. 20.–

Die Glückshand von Sébastien Leprat, politischer Sekretär, zog folgende Gewinner:

- Frau Kathrin Jakowetz, Eichenweg 2, 3076 Worb
- Herr Niklaus Aerne, Hintergasse 19, 8320 Fehraltorf
- Herr Peter Michel, Freiestrasse 2, 3604 Thun

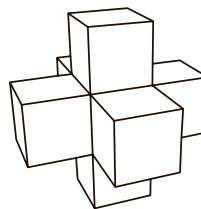
Die Preise werden den Gewinnern direkt zugestellt. Die «Freisinn»-Redaktion wünscht allen Gewinnern viel Spass mit ihrem Preis.

S	E		G	A	F	E
P	R	I	V	A	T	E
B	A	D	S	C	H	W
R	O	L	H	E	T	I
G	E	I	S	T	E	R
G	E	L	B	E	B	A
L	E	T	R	E	L	I
G	R	U	B	E	L	O
K	E	R	A	L	A	T
A	L	P	H	O	R	N
A	S	I	E	N	I	G
R	S	N	M	E	L	A
F	I	L	M	K	A	R
Z	E	U	G	E	N	Z
K	O	N	S	U	M	S
N	I	G	A	S	T	R
H	A	N	D	E	L	A

Veranstaltungs- hinweis

Unbedingt in Ihrer Agenda eintragen:

15. September 2007
Parteitag der FDP Schweiz in Zürich



Werben Sie im «Schweizer Freisinn»!

Inserieren Sie im «Schweizer Freisinn». Mit einer Anzeige erreichen Sie zielgenau ein ganz besonderes Publikum: Mitglieder der FDP in der deutschen Schweiz.

Der «Schweizer Freisinn» erscheint zehnmal jährlich in einer Auflage von über 70 000 Exemplaren. Nützen auch Sie die Möglichkeit, eine interessante Zielgruppe direkt anzusprechen – mit einem Inserat im «Freisinn».

Die Insertionstarife sind wie folgt:

Grösse	Preis pro Ausgabe
1/1	5000 Fr.
1/2	2500 Fr.
1/4	1400 Fr.
1/8	650 Fr.
1/16	400 Fr.

Rabatte

bei 3 Ausgaben:	5%
bei 6 Ausgaben:	10%
bei 10 Ausgaben:	15%

Anfragen unter:

FDP Schweiz
Redaktion «Schweizer Freisinn»
Eliane Gnägi
Neuengasse 20
Postfach 6136
3001 Bern
Tel. 031 320 35 30

Eingliederung vor Rente für eine gerechte Schweiz.

17. Juni:

JA zur 5. IV-Revision

FDP

Wir Liberalen.

